

Kein Strom vom Dach des Guggerhuus

Ettingen Solargenossenschaft Gugger-Sunne verwirft Projekt auf dem Dorfmuseum wegen Widerstand des Kantons

VON ANDREA SCHÄFER

Die Baselbieter Denkmalpflege macht einem Solaranlagen-Projekt auf dem Ettinger Ortsmuseum, dem Guggerhuus, einen Strich durch die Rechnung. Da wegen der kantonalen Vorschriften nur eine kleinere Anlage als geplant möglich wäre, gaben die Solargenossenschaft Gugger-Sunne und die Stiftung Dorfmuseum Ettingen, der das Haus gehört, das Vorhaben auf. «Die Stiftung Dorfmuseum gelangte mit dem Wunsch an uns, auf dem Dach des Hauses eine schöne Solaranlage zu bauen», erklärt Hans Weber, Präsident der Solargenossenschaft Gugger-Sunne.

Die Solargenossenschaft sei stark darum bemüht, schöne Anlagen zu bauen, die das Ortsbild nicht stören, sagt Weber. «Wir sind uns schon bewusst, dass wir in der Kernzone nicht einfach irgendeine Anlage bauen können.» Laut Plan der Genossenschaft hätte das ganze Dach auf der Seite zur Strasse hin von einer Solaranlage abgedeckt werden sollen. Einzig die zwei Dachfenster wollte man aussparen (Bild unten links).

Kompromiss gefällt nicht

Der Kanton habe die Bewilligung jedoch verweigert. Nach monatelangen Verhandlungen bewilligte der Denkmalschutz eine rechteckige Anlage, die nur einen Teil des Daches bedeckt (siehe Bild unten rechts), erzählt Weber. «Die Stiftung Dorfmuseum fand, dass diese Variante nicht gut aussieht. Die Anlage würde wie ein Fremdkörper wirken», sagt Weber. Zusammen habe man sich deshalb entschlossen, das Projekt nicht umzusetzen. Dies auch aus Kostengründen. «Die Fläche wäre rund einen Drittel kleiner als ursprünglich geplant, so lohnt es sich finanziell nicht mehr, diese Anlage zu bauen», sagt Weber.

Gemäss CVP-Landrätin Christine Gorrengourt, die im Vorstand der Solargenossenschaft sitzt, ist im Raumplanungs- und Baugesetz nicht klar, was bei Solaranlagen in der Kernzone erlaubt ist. Sie und ihre Partei hätten sich 2013 erfolgreich im Landrat dafür eingesetzt, den Bau von Solaranlagen in Kernzonen zu erlauben, erklärt die Ettinger Politikerin. Sie sieht die Schwierigkeit nicht im seit 2013 geltenden Ge-



Nichts gewesen: Hans Weber von der Solargenossenschaft vor dem Guggerhuus, das nun keine Solaranlage erhält.

SCHMID



Das wollten sie



Das hat der Kanton erlaubt

Links: Das ursprünglich eingereichte Projekt. Rechts: Das vom Kanton bewilligte Projekt, das letztlich verworfen wurde.

ZVG

setz, sondern in dessen Interpretation beim Denkmalschutz. «Im Baselbiet wird das Gesetz sehr strikt ausgelegt.» Der Landrätin zufolge wird dieselbe Regelung im Kanton Bern weniger streng gehandhabt. «Das Gesetz wird sicher nicht streng ausgelegt im Kanton Basel-

land», sagt Walter Niederberger, stellvertretender Denkmalpfleger. «Wir haben die Regelungen des Bundes übernommen. Ausserhalb von Kernzonen ist es sogar erlaubt, Solaranlagen ohne Bewilligung zu bauen.» Laut Niederberger wurde die ursprüngliche Version

der Anlage beim Guggerhuus abgelehnt, weil es sich dabei nicht um eine rechteckige Solaranlage handelte.

«In den Erläuterungen des Bundes steht klar, dass pro Dachfläche nur ein rechteckiges Solarfeld gebaut werden darf», sagt Niederberger. «Das Ziel ist,

dass es überall im Kanton eine einheitliche Regelung gibt.» Ob das Gesetz, das sich an nationalen Regelungen orientiert, vom Kanton angepasst werden könnte, liege ausserhalb seiner Kompetenz.

Merkblatt mit Lücken

Auf der Homepage des Kantons findet man nach kurzer Suche ein Merkblatt zur «Behandlung von Baugesuchen für Solaranlagen». Dort wird jedoch nicht erwähnt, dass in Kernzonen nur rechteckige Solarfelder erlaubt sind. Es steht, dass Solaranlagen in Kernzonen «kompakt und regelmässig angeordnet» sein müssen. Laut Niederberger ist darin die Regelung bezüglich rechteckiger Anlagen enthalten. «Unser Absicht war, das Merkblatt auf eine Seite zu beschränken», erklärt Niederberger. «Wenn wir nun sehen, dass etwas Fehlendes zu Problemen führt, können wir das noch anfügen.» Es sei ein sehr neues Feld, zu dem noch keine Rechtsprechung vorliege. «Bisher konnten wir uns mit allen Interessenten einig», sagt Niederberger.

Gorrengourt wünscht sich klarere Richtlinien. Im Kanton Bern seien solche beispielsweise Anfang 2015 herausgegeben worden. Bei der Einreichung der Baubewilligung im Dezember 2014 hat Weber bereits erwartet, dass es lange gehen wird, bis eine Bewilligung vorliegt. «Wir wollten es trotzdem probieren, um zu sehen, was geht und was nicht», sagt Weber. Nicht zuletzt, weil Gorrengourt im Genossenschaftsvorstand sitzt. «Man müsste so eine Anlage in einer Kernzone einfach einmal durchziehen und wenn nötig Einsprache erheben, um einen Gerichtsentcheid zu erwirken, der den Kanton zwingt, klare Richtlinien zu erlassen», sagt Gorrengourt. Im Fall des Guggerhuus sei das nicht geschehen, weil man sich auf eine Kompromisslösung einlassen habe.

Die Solargenossenschaft fasst Weber zufolge nun neue Objekte ins Auge, die jedoch ausserhalb der Kernzone liegen. 2014 produzierte sie 140 234 Kilowattstunden Strom. Vier Anlagen liegen beim Schulhaus Hintere Matten und eine auf dem Dach der römisch-katholischen Kirche in Ettingen. Dort gab es keinerlei Bewilligungsprobleme: Die Kirche liegt nicht in der Kernzone.

CVP-Liste lebt mit Differenzen

Nationalrat Auch der Aescher Unternehmer Remo Franz tritt für die CVP an. Er setzt sich weiter für die Allianz mit SVP und FDP ein.

VON MICHAEL NITTAUS

Was Recherchen der bz am Samstag aufzeigten, bestätigt nun auch Marc Scherrer: Der Präsident der Baselbieter CVP legt auf Anfrage die Kandidatenliste der Nationalratswahlen offen, die der Vorstand am 16. Juni den Mitgliedern zur Nomination vorschlagen wird. Wie vermutet hat man sich auf sieben Personen geeinigt:

- Elisabeth Schneider-Schneider, Nationalrätin, Biel-Benken, 1964
- Claudia Brodbeck, Bauernverband, Biel-Benken, 1965
- Remo Franz, Besitzer Rofra AG, Aesch, 1955
- Philippe Hofmann, Einwohnerrat Allschwil, 1980
- Alexander Imhof, Stadtpräsident Laufen, 1964
- Béatrix von Sury d'Aspremont, Gemeinderätin Reinach, 1961
- Emanuel Trueb, Gemeinderat Pratteln, 1961

Die Liste deckt sich mit jener der bz. Einzige Neuerung: Anstatt der Mutterzuger Gemeinderätin Franziska

Stadelmann wird Claudia Brodbeck ins Rennen geschickt. Die Bäuerin aus Biel-Benken, die im Vorstand des Bauernverbandes beider Basel sitzt, kandidierte bereits für den Landrat, scheiterte aber. Für Marc Scherrer verfügt die CVP damit über eine hervorragende Liste: «Alle Regionen sind vertreten, Exekutiv- und Legislativpolitiker, Unternehmer und CVP-Mitglieder von Mitte-Links bis Mitte-Rechts des politischen Spektrums.» Man hätte sogar mehr Interessierte als Plätze gehabt. Die Überzähligen hätten sich freiwillig zurückgezogen, betont er.

Kein Antrag mehr von Franz

Ein besonderes Lob vom Präsidenten erhält Remo Franz: «Es ist toll, dass so erfahrene Gewerbler wie er sich engagieren.» Scherrer hatte sich persönlich um Franz bemüht. Diesem fiel die Entscheidung allerdings nicht leicht, wie er ausführt: «Ich brauchte Zeit, um abzuklären, ob ich von meinem familiären und beruflichen Umfeld unterstützt werde.» Der ehemalige Landrat sei bereits vor vier und acht Jahren von der CVP angefragt worden, habe aber immer abgelehnt. Damals sei er noch operativer Leiter der Rofra Gruppe gewesen. Mittlerweile verfüge er über mehr Zeit.

Franz möchte sein Wissen als Unternehmer in Bern einbringen, da dort Entscheide getroffen würden,

«die für das Gewerbe und die Zahl der Arbeitsplätze grosse Konsequenzen haben». Er zählt sich klar zum bürgerlichen Flügel der CVP. Letzte Woche hatte er sich in der «Basler Zeitung» exponiert, indem er sich für eine Listenverbindung mit SVP und FDP einsetzte, obwohl damit der Sitz von Elisabeth Schneider stärker gefährdet wäre als bei der Verbindung mit BDP und GLP, die der Vorstand vorschlägt.

«Es ist halt die Frage, was man höher gewichtet: Den Nationalratsitz zu halten oder die Probleme des Kantons mit starken Partnern anzupacken», sagt Franz auch noch im Wissen, dass SVP-Präsident Oskar Kämpfer eine Verbindung nur toleriert, wenn die CVP ihre Nationalrätin fallen liesse (bz von gestern). Natürlich wolle er den CVP-Sitz auch behalten. Franz gibt sich aber überzeugt, dass die Verbindung mit SVP und FDP von den Wählern belohnt würde. Kämpfers Bedingung nennt er zwar auch «nicht unbedingt geschickt». Man solle das aber nicht überbewerten, sondern lieber nach vorne schauen und sich auf Sachpolitik konzentrieren. Mit Schneider habe er persönlich keine Probleme, auch wenn er politisch anders tickte. Immerhin: Auf einen Listenverbindungs-Antrag am Parteitag verzichtet Franz. «Damit kann man nach Kämpfers Votum wirklich nicht mehr kommen.»

Landrat

SVP und FDP stellen in fünf der neun Kommissionen die Mehrheit

Jetzt ist sie da, die komplette Besetzungsliste der landrätlichen Kommissionen für die Legislaturperiode 2015 bis 2019. Es handelt sich zwar erst um die Nominierungen der Fraktionen, welche die Landeskantlei gestern publizierte. Doch da diese sich abgesprochen haben, ist davon auszugehen, dass der Landrat an seiner konstituierenden Sitzung vom 1. Juli diese Vorschläge absegnen wird.

Wie die bz bereits berichtete, kommt es im Vergleich zur laufenden Legislatur zu diversen gewichtigen Verschiebungen. Neu sind nun auch die Namen der Kommissionspräsidenten bekannt. Es sind dies:

- Bau- und Planungskommission (BPK): Hannes Schweizer, SP
- Bildungs-, Kultur- und Sportkommission (BKSK): Christoph Hänggi, SP
- Finanzkommission (Fiko): Roman Klausner, SVP
- Geschäftsprüfungskommission (GPK): Hanspeter Weibel, SVP
- Justiz- und Sicherheitskommission (JSK): Andreas Dürr, FDP
- Personalkommission (Peko): Balz Stüchelberger, FDP
- Petitionskommission (Petko): Georges Thüring, SVP
- Umweltschutz- und Energiekomm. (UEK): Christine Gorrengourt, CVP
- Volkswirtschafts- und Gesundheitskomm. (VGK): Rahel Bänziger, Grüne

Spüren wird man, dass die SP in ihrer neuen Oppositionsrolle die Bildungskommission leitet und der bürgerlichen Bildungsdirektorin Monica Gschwind (FDP) auf die Finger schaut. Auch in der BPK wird die SP mit Hannes Schweizer im Präsidium wohl eine aktivere Rolle einnehmen als bisher. Der Verlust des Präsidiums der Finanzkommission an die SVP dürfte die Linke allerdings schmerzen. Die SVP konnte zudem das Präsidium der GPK mit Hanspeter Weibel behalten.

Die neuen Kräfteverhältnisse im Rat zeigen sich auch bei der Anzahl der Kommissionsitze pro Fraktion: Die SVP erhält 34, SP 25, FDP 21, Grüne/EVP 12, CVP/BDP 11 und GLP/Grüne-Unabhängige 6. SVP und FDP, die genau die Hälfte der 90 Landratsitze (28 und 17) auf sich vereinen, stellen neu in fünf der neun Kommissionen eine Mehrheit. Konkret stellen sie in BPK, BKSK, Fiko und JSK zusammen 7 von 13 Sitzen und in der Personalkommission 5 von 9. Damit relativiert sich auch der Vorteil des SP-Präsidiums in der Bildungskommission wieder.

Ab Sommer präsidiert der Grellinger Franz Meyer (CVP) den Landrat. Das 1. Vizepräsidium nimmt der Prattler Philipp Schoch (Grüne) ein und das neu geschaffene 2. Vizepräsidium die Liestalinerin Elisabeth Augstburger (EVP). Die komplette Liste finden Sie online. (MN)